



POSITIONEN

KLARE ARGUMENTE DAFÜR ODER DAGEGEN

Stellungnahmen

Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Familientlastungsgesetzes

Berlin, 31. Oktober 2018. Anlässlich der Anhörung zum Familienentlastungsgesetz im Finanzausschuss des Bundestages am 5.11.2018 nimmt der VAMV zum Gesetzesentwurf Stellung. Grundsätzlich begrüßt der VAMV zwar, dass die...[mehr](#)

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung ("Gute-Kita-Gesetz")

Berlin, 27. Juli 2018. Mit dem "Gute-Kita-Gesetz" will der Bund die Qualitätsentwicklung der Kindertagesbetreuung in den Ländern unterstützen. Entscheidend für ein qualitativ gutes und bedarfsgerechtes Angebot vor Ort...[mehr](#)

Stellungnahme zum Entwurf eines Familiientlastungsgesetzes

Berlin, 15. Juni 2018. 10 Euro mehr Kindergeld und eine höherer Kinderfreibetrag ab 2019 - bei den meisten Alleinerziehenden wird trotzdem nicht mehr Geld im Portmonee ankommen. Denn im gleichen Zuge wie das Kindergeld steigt,...[mehr](#)

Wechselmodell nur einvernehmlich - Handlungsbedarf beim Unterhalt

23. Mai 2018. Wenn der Gesetzgeber das Wechselmodell als Regelfall vorgibt, verhindert er damit die jeweils beste Lösung für das Kindeswohl im individuellen Einzelfall. Denn das Wechselmodell ist sehr voraussetzungsvoll und...[mehr](#)

Positionierung zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode

Berlin, 23. März 2018. Was bringen die Pläne der Großen Koalition den Alleinerziehenden? Lesen Sie die Bewertung des VAMV zum Koalitionsvertrag...[mehr](#)

Unterhaltsvorschuss: Riesenschritt in richtige Richtung

Berlin, 6. März 2017. In seiner Stellungnahme zur heutigen Anhörung zum Unterhaltsvorschuss im Haushaltsausschuss des Bundestages begrüßt der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) die vorliegende Reform des...[mehr](#)

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie

zur Änderung des zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) hat zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches Stellung...[mehr](#)

Stellungnahme zur Neuregelung zur temporären Bedarfsgemeinschaft

Der VAMV hat sich zur vorgeschlagenen Neuregelung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur temporären Bedarfsgemeinschaft im SGB II (TBG) positioniert. Diese sieht Regelungen zur Aufteilung des Sozialgeldes eines Kindes...[mehr](#)

14.03.2016: Anhörung zu Alleinerziehenden im Bundestag

Heute ist im Familienausschuss des Bundestags eine Anhörung zur Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern. Grundlage sind zwei Anträge der beiden Oppositionsfraktionen zur Situation von Alleinerziehenden. Miriam Hoheisel...[mehr](#)

Stellungnahme zum Diskussionsentwurf gegen überlange Verfahren in Kindschaftssachen

Infolge eines Urteils des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) vom 15. Januar 2015 (Kuppinger v. Germany Individualbeschwerde Nr. 62198/11) besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf bezüglich der Einführung eines...[mehr](#)

Stellungnahme zum Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Rechtsvereinfachung

Eine der geplanten Neureglungen betrifft Kinder, deren getrennte Eltern beide im SGB II leben. Der Referentenentwurf sieht eine grundsätzliche Zuordnung des Kindes zu der Bedarfsgemeinschaft vor, wo es sich überwiegend aufhält....[mehr](#)

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sachverständigenrechts

Das Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat einen Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Sachverständigenrechts und zur weiteren Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den...[mehr](#)

Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Änderung des Unterhaltsrechts

Das Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat einen Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts vorgelegt durch den die Anbindung des Mindestunterhalts für...[mehr](#)

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 20. Mai 2015 im Finanzausschuss des Bundestages zum "Familienpaket"

Anlässlich der Anhörung im Finanzausschuss des Bundestags zum "Familienpaket" am 20. Mai 2015 hat der VAMV eine Stellungnahme zum "Gesetzesentwurf zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes u. d....[mehr](#)

Positionspapier zu Unterhalt im Wechselmodell und bei erweitertem Umgang

Das Wechselmodell wird als Lebensform für Kinder von getrennt lebenden Eltern zunehmend diskutiert, zugleich wird die praktische Bedeutung dieses Modells in der gegenwärtigen Diskussion häufig überschätzt. Zunehmend wird auch...[mehr](#)

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags

Berlin, 11. März 2015. Mit diesem Gesetzesentwurf gehen Alleinerziehende und ihre Kinder leer aus. Der VAMV vermisst darin jeglichen politischen Willen, Alleinerziehenden eine Perspektive zu bieten. Ihnen wird jede Anerkennung...[mehr](#)

Stellungnahme zur Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen

Berlin, den 20. November 2014. Mit der Gesamtevaluation wurden erstmals zentrale Instrumente der Familienpolitik systematisch evaluiert. Das Tableau der Leistungen zeigt folgende Aufteilung der Ausgaben: 125,46 Milliarden Euro...[mehr](#)

Stellungnahme zum ElterngeldPlus

Anlässlich der Anhörung im Familienausschuss des Bundestags zum ElterngeldPlus am 13. Oktober 2014 hat der VAMV eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf vorgelegt. Die VAMV-Bundesvorsitzende Edith Schwab hat dort als ...[mehr](#)

Stellungnahme zu Vorschlägen der Bund-Länder AG Rechtsvereinfachung SGB II

Werden im Rechtskreis des SGB II Neuregelungen getroffen, sind alleinerziehende Frauen und ihre Kinder daher in besonderem Maße davon betroffen. Aus diesem Grund positioniert sich der VAMV zu ausgewählten Vorschlägen wie folgt...[mehr](#)

Temporäre Bedarfsgemeinschaft - Keine Kürzung zu Lasten der Kinder von Alleinerziehenden

Der VAMV lehnt den Vorschlag Bund-Länder AG Rechtsvereinfachung im SGB II für temporäre Bedarfsgemeinschaften mit Entschiedenheit ab, weil es sich dabei um eine Kürzung in Haushalten von Alleinerziehenden handelt. Der Vorschlag...[mehr](#)
